

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 3 (1889)**

139 (27.11.1889)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-192549](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-192549)

# Neu-deutsches Volksblatt.

## Zeitschrift für freisinnige soziale Reform, für Politik und Unterhaltung.

**Abonnement:**  
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:  
vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.  
für 2 Monate . . 1 " 50 "  
für 1 Monat . . 50 "  
excl. Postbestellgeb.

**Ercheint**  
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.  
**Inferate:**  
die viergespaltene Zeile 10 Pf.  
bei Wiederholungen Rabatt.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Abolffstraße Nr. 1.

### Deutscher Reichstag.

21. Sitzung vom 22. November.

**Zweite Beratung des Etats. Etat des auswärtigen Amtes.**  
Bei Tit. I der Ausgaben der Staatssekretäre stellt Abg. Richter die Frage, ob es richtig ist, daß der Chef des Generalstabes den Bericht macht, die auswärtige Politik der Regierung zu durchkreuzen. Dieser wird bei Fall sein, so würden wir alle Verantwortung haben, dagegen Verantwortung einzulegen, daß von einer Seite derartige Berichte gemacht werden, welche dem Reichstage dafür nicht verantwortlich ist.  
**Reichsminister v. Bismarck:** Ich habe nicht an, als Vertreter der Armee auf diese Frage zu antworten. Ich betrachte die ganzen Erscheinungen, welche sich in der Presse über diese Angelegenheiten finden, haben, für außerordentlich freivol. (Beifall links). Es ist freivol, daß die höchsten Offiziere der Armee in eine solche Diskussion hineingezogen, es ist selbständig für die Armee, von einer Person, einem Reife derselben anzunehmen, daß sie zu der Politik der Reichsregierung in Opposition treten könnte. Ich halte die Bezeichnung freivol ohne Rücksicht darauf aufrecht, welcher Partei die Presse angehört. (Beifall).  
**Staatssekretär v. Bismarck:** Ich will nur wenige Worte hinzufügen. Ich muß betonen, daß es alles Wigen sind, die in der Presse nach dieser Richtung hin verbreitet werden. Es versteht sich von selbst, daß die auswärtige Politik nur von dem Kaiser geleitet wird, unter dem Rathe derjenigen Personen, die dazu berufen sind.

dem Wege zu gehen scheint, werden wir uns deshalb nicht abhalten lassen, derselben das Maß von Werth beizulegen, das sie verdient. Nach den wiederholten, von uns unter Beweis gestellten, von den verbündeten Regierungen nicht zurückgewiesenen Mitteilungen über das provokatorische Auftreten deutscher Beamten ist es etwas stark von dem Staatssekretär, zu behaupten, daß die Verhandlungen mit der Schweiz zur Abwehr der sozialdemokratischen Umtriebe in der Schweiz notwendig gewesen wären. Die Abwehr dieser Bestrebungen ist der Regierung auf dem Wege, den sie vorgeschrieben scheint, bisher nicht gelungen, und wird ihr weiter nicht gelingen. Wenn Anstaltsbesprechungen erst durch von der deutschen Polizei bezahlte Beamte herbeigeführt werden müssen, so verliere ich, werden sie nie herbeigeführt werden. Dem Abg. Baumhach bemerke ich, daß mein Gesandter nur als Agent der Polizei, noch als Agent der Sozialdemokratie bezeichnet werden kann. Die Sozialdemokratie hat ihn nicht beauftragt, seine Tätigkeit vor sein freies Willen; und dann wollte er auch nicht seine Bemühen an die Polizei verwalten, sondern dieselben gegen Bismarck richten. Wenn der Staatssekretär meint, von deutschen Beamten zu erfahren, was Schweizer Beamte vordringen, um die Macht der deutschen Sozialdemokratie in der Schweiz zu brechen, so wird es sich darum handeln, ob die Schweizer Regierung in ihrer Souveränität durch sie wird beeinträchtigt werden lassen. Ueber die Angelegenheit der Schweizer Regierung durch Anstellung des Bundesanwalts will ich nicht sprechen; für die Ausweisung Wohlgehumts aber nehme ich keinen Anstand, ihr an dieser Stelle den Dank auszusprechen. Der Fall Wohlgehumt steht jedenfalls nicht vereinzelt da. Der Wunsch der deutschen Regierung, in der Schweiz eine deutsche Polizei zu haben, kann nur auf dem Verlangen basieren, von deutschen Beamten zu erfahren, was Schweizer Beamte vordringen, um die Macht der deutschen Sozialdemokratie in der Schweiz zu brechen, ist öffentlich, steht unter der Kontrolle der Schweizer Organe und geht die deutsche Regierung gar nichts an. Von dem Standpunkte der Gleichberechtigung der Nationen ist es ein etwas starkes Stück, in fremdem Lande eine Polizei zur Überwachung politischer Bestrebungen zu organisieren. Ich konstatiere, daß der Staatssekretär auf die Frage, wie sich das Auswärtige Amt zu dem Falle Wohlgehumt stelle, gar nicht geantwortet hat. Wenn der hiesigen Presse Versicherung Wohlgehumts, er habe mit dem Wäldern Sie nur lustig drauf los! lediglich aufzuerstern wollen, die Informationen an allen Ecken und Enden zu holen, mache ich nicht halt; ich halte sie nur für eine Ausrede und kann mich in ihr nicht beirriten. Auch nach dem Bericht des ob genannten Polizeidirektors Krüger zum Auswärtigen Amt werden wir beim Sozialistengesetz uns noch näher erkundigen.

und so geht es auch bei dem Trauerspiel, welches sich seit 11 Jahren in Deutschland unter dem Namen „Sozialistengesetz“ abspielt. Die nationalliberalen Akteure in dieser Komödie haben vorgestern Abend beim Schluß des ersten Aktes einen sehr schönen Abgang gehabt, d. h. die Mannesrollen konnten es nicht über sich gewinnen, der Regierung die dauernde Befugnis zu Ausweisungen zu erteilen und lehnten daher den Ausweisungsparagrafen ab. Tapfer wie die Herren nun einmal sind, haben die Buhl und Dörschhäuser glänzende Neben gegen die Schädlichkeit und nebenbei auch Nutzlosigkeit der Ausweisungen an sich gehalten, aber, da Vorlicht der bessere Teil der Zaphire ist, haben sich die im Eiertanz bis zur Virtuosität ausgebildeten Herren eine Rückzugslinie offen gehalten, welche ihnen gestattet, schließlich auch die von der Regierung für notwendig erachtete Ausweisungsbefugnis anzunehmen. Dem sich mit Vorliebe „einen echten deutschen Mann“ nennenden reichsparteilichen Abg. Nobbe war es vorbehalten, das „Ei des Columbus“ zu entdecken, indem er der Erwartung Ausdruck gab, daß die Nationalliberalen, nachdem die Regierung durch den preussischen Minister des Innern hatte erklären lassen, auf die Ausweisungsbefugnis nicht verzichten zu können, nunmehr einen Antrag stellen würden, wonach in einem dauernden Sozialistengesetz der Ausweisungsparagrafen an eine bestimmte Zeitdauer geknüpft werde. Damit war die Möglichkeit einer Einigung gegeben und der Abg. v. Hellberff meinte denn auch, daß man sich unter allen Umständen mit den Kartellverbänden verständigen müsse und daß dies „wenn nicht heute, so doch morgen“ sicher geschehen werde. Herr Buhl schloß diesen Anknüpfungen gegenüber ein menschlich Nützlich, und erklärte mit großem Nachdruck, daß er sich ja nur dagegen ausgesprochen habe, der Regierung „dauernde“ Ausweisungsbefugnis zu erteilen, meinte aber dabei wieder, daß nach seiner Ansicht die Nachteile dieser Maßregel die Vortheile derselben bei weitem überwiegen. Unter diesem Brillantfeuerwerk nationalliberalen Verlesens schloß die erste Beratung in der Kommission, deren Ergebnis die Annahme des freilichen Sozialistengesetzes ohne den Ausweisungsparagrafen war. Zwischen dem ersten und zweiten Akt liegt ein Zwischenraum von fünf Tagen, sagen wir oben; am Dienstag Abend wird der Vorhang wieder aufgezogen werden und auf offener Szene werden die Kartellbrüder, bei welchen über die „dauernde Ausweisungsbefugnis“ ein grimmiger Streit ausbrochen drohte, der Regierung die „Ausweisung auf Zeit“ überreichen. Dann wird es Herr Buhl — und im Plenum wird der Oberpräsident von Vennigen diese Aufgabe übernehmen — ein Leichtes sein, nachzuweisen, daß, obgleich Ausweisungen an sich die wirtschaftliche Existenz vernichten und das Familienleben zerstören, diese Wirkungen sich in das Gegenteil verandern, wenn die Regierung es den Nationalliberalen beschließt. „Der Bien muß“; die Regierung sagt: ich will weiter ausweisen können; und die Nationalliberalen beugen sich geforsam diesem Machtwort, obgleich sie innerlich von der Ungerechtigkeit, Nutzlosigkeit und Schädlichkeit einer solchen Maßregel vollkommen überzeugt sind. Der wirkvolle Ernst, mit welchem diese Frontveränderung statfinden wird, kann natürlich über die Zimmerlichkeit, welche heute etwas als nützlich und notwendig hinstellt, was gestern noch hart und schädlich war, nicht täuschen, denn auch der Partein wird am lustigsten, wenn er in ernster Haltung auftritt.

### Politische Rundschau.

Bant, den 26. November.

**Berlin, 26. Novbr.** Der Reichstag beriet am Montag in erster Lesung die Anträge des Zentrums und der Reichspartei über die Sonntagsruhe, resp. die Kinder- und Frauenarbeit. Der Zentrumsantrag wurde von dem Abg. Hipe begründet, welcher die für die Sonntagsruhe sprechenden religiösen Momente, sowie die für die Beförderung der Frauen- und Kinderarbeit maßgebenden sozialen Gründe, die Schaffung eines Familienlebens, die Ermöglichung einer guten Kindererziehung hervorhob. Auch von den Rednern der andern Parteien wurde das Begehrtete der durch die Anträge vertretenen Bestrebungen anerkannt. Von freisinniger Seite hob Abg. Schrader besonders hervor, daß man eine nach dieser Richtung gehende Gefährdung für die Arbeiter treffen müßte, nachdem durch die Beförderung der Koalitionsfreiheit den Arbeitern die Möglichkeit genommen sei, selbstständig eine solche Besserung ihrer Lage durchzusetzen. Die Abgg. Duvigneau (nl.), Stöcker (sonl.), Winterer (Hl.) sprachen sich gleichfalls für die Anträge aus. Nur die Abgg. Stumm (Rp.) und Meister (Soz.) erklärten, gegen den Antrag der Zentrumsparthei stimmen zu wollen. Der Erläuterer fand es bedenklich, generalisierend vorzugehen, wenn auch das Prinzip der Anträge anerkennen sei, und empfahl, genauere Gesetzesbestimmungen von vorübergehenden Enqueten abhängig zu machen. Dem Abg. Meister waren die Anträge namentlich mit Bezug auf die Frauen- und Kinderarbeit nicht weitgehend genug. Die Spezialberatung der Anträge wird unmittelbar im Plenum erfolgen. — Für Dienstag wird die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt. Außerdem steht der Nachtragsetat (Ostafrika) auf der Tagesordnung.

**Der Titel wird beibehalten.**  
Tit. 2 enthält die Neuordnung für zwei vortragende Räte (17,400 M.) und für einen hainbürgen Aufsichtsbereich (5700 M.).  
**Abg. v. Bismarck** begründet diese Neuordnung durch die stark vermehrte Arbeitslast. Unsere Forderungen sind außerordentlich beschwerlich. Die bisherige Organisation des Auswärtigen Amtes war für eine Administration in fernem Welttheile nicht eingerichtet. Abg. Dr. Bismarck: Wenn wir eine neue Abtheilung für das Kolonialwesen schaffen, so wird das leitend des Reichstags ein neuer Schritt sein, um unsere Kolonialpolitik weiter zu befestigen und fortzuentwickeln. Die bisherigen Resultate derselben münzten aber zu einer weiteren Ausdehnung nicht auf. Wir müssen vor allen Dingen Garantien haben, daß die katholischen Missionen mit den protestantischen durchaus gleichberechtigt werden. Ohne diese gleichmäßige Behandlung beider Konfessionen würde ich gegen jede weitere Förderung der Kolonialpolitik stimmen müssen.  
**Abg. v. Bismarck:** Ich kann nicht annehmen, daß die Herren gegen die vorliegende überaus wichtige Angelegenheit, da die Geschäfte und die Gesundheit der jetzigen Angehörigen unter solcher Weigerung leiden müßten, somit auch mit Rücksicht auf die Verantwortlichkeit vor den Wählern.  
**Abg. Richter:** Der Herr Staatssekretär sprach von unserer Verantwortlichkeit bei den Wählern. Hier handelt es sich doch nur um die Gesundheit eines Raths in Berlin, während doch bei dieser Kolonialpolitik schon so viele Andere allein am Klima in Afrika zu Grunde gegangen sind. Der Abg. Bismarck vert, wenn er glaubt, daß die Missionen überhaupt von dieser Kolonialpolitik Nutzen ziehen könnten. Für Gleichstellung der Konfessionen sind wir selbstverständlich.

— Eine für die freien Hilfsklassen hoch wichtige Entscheidung ist vom Oberverwaltungsgericht in Berlin als höchster Instanz zu Gunsten der freien Kassen getroffen worden. Es handelte sich um die bekannte Verfügung des Landrathes des Kreises Teltow, Herrn Stubenrauch, vom 24. Oktober 1888, durch welche der Vorstand der Kranken- und Begräbnisstaffe des Gewerkevereins der deutschen Tischler und verwandten Berufsgenossen und gleichzeitig die Vorstände der drei anderen im Kreise Teltow domicilirten Gewerkevereins-Hilfsklassen der Maschinenbauer, Klempner und Metallarbeiter) mit Rücksicht auf die Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes aufgefördert wurde, dem Landrath ein vollständiges Mitgliederverzeichnis der Kasse einzureichen, widrigenfalls gegen jedes Vorstandsmittglied eine Geldstrafe von 100 M. festgesetzt werden sollte. Gegen diese Verfügung hatte der Rosenortrath Klage erhoben und die erste Instanz in der Sitzung vom 14. März dieses Jahres entschieden, daß die landrathliche Verfügung aufzuheben sei. Gegen diese Entscheidung legte der Landrath Berufung ein und fand die mündliche Verhandlung beim Oberverwaltungsgericht am 7. d. Mts. statt. Als Vertreter des Berufungsbelegten, Vorstandsmittgliedes Siggelkow, führte der Anwalt der deutschen Gewerkevereine, Dr. Max Hirsch im Anschluß an die Vorentscheidung aus, daß das Verlangen des Landraths, ihm ein Mitglieder-

Es folgt noch eine lebhafte Auseinandersetzung, an welcher Graf Bismarck, Bismarck, Hammer, Richter, Boermann und Richter sich betheiligen und in welcher über Konfessionen und Schnapoverkauf nach den Kolonien gesprochen wird.  
Der Titel wird angenommen.  
Bei Titel „Gesellschaft Bern“ verlangt das Wort Abg. Baumhach, um das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland zur Sprache zu bringen. Der Widerspruchsvortrag mit dem Reichstag erst im Juli 1890 ab. Aber es wäre im Interesse sowohl unserer Landeskasse, als auch der Schweiz dringend zu wünschen, daß vor Ablauf des alten Vertrags ein neuer zu Stande käme. Es wird behauptet, daß der Fall Wohlgehumt, dessen Einzelheiten sie bekannt sind, nicht vereinigt daselbst, sondern daß unter dem Agenten der Polizei bezahlte Persönlichkeiten sich dorthin finden. Es ist das eine der bedenklichsten Wirkungen des Sozialistengesetzes. Wenn ich wirklich zugleich ein Agent der Sozialdemokratie und ein Agent provokator war, dann hätte man den Polizeispekter Wohlgehumt mit seiner Regierung „Wäldern Sie nunter darauf los!“ ruhig fallen lassen dürfen. Dann hätte man daraus nicht eine Dampf- und Staatsaktion machen zu brauchen. Der von Dierfeldt eines Beamten machen wird natürlich halt, aber wenn das der Sinn war, dann lag auch keine Verantwortung vor, einen so ungeschickten Beamten zu schicken und zu halten. Die Schweiz überreicht hat die Sache sehr ernst genommen. Mit der Zeit haben sich ja allerdings die Gemüther etwas beruhigt, man überzeuge sich, daß der Kanonendonner noch lange nicht das Zeichen eines Angriffs gewesen war, und sogar der Chef des Generalstabes nahm in dem „wilden“ Lande seinen Sommerurlaub, ebenso Minister v. Meybach und Herr v. Bennigsen. Es sehen wichtige Interessen an dem Spiel und wir alle haben ein Interesse, daß sich alles in Ruhe entwickelt.  
**Abg. v. Bismarck:** Die Bestimmungen zwischen den beiden Regierungen ist in vorhanden gewesen. Bei dem Weimungsaustrausch, der aus Anlaß des Falls Wohlgehumt mit der Schweizer Regierung stattfand, haben wir uns lediglich von der Absicht leiten lassen, die Bundesgenossenschaft dieser Regierung zu gewinnen in dem notwendigen Kampf gegen die Wucherung der Sozialdemokratie in der Schweiz. Das ist uns gelungen. Auf die Dauer kann die Schweiz die sozialdemokratischen Umtriebe ebenso wenig vertragen, wie alle anderen Staaten, und je mehr diese Überzeugung herrscht, durchdringt, um so mehr wird es gelingen, die Wucherung der Sozialdemokratie in der Schweiz zu erschüttern. Dem Fall Wohlgehumt habe ich für erledigt.  
**Abg. Singer (Soz.):** Der Fall Wohlgehumt ist insofern nicht abgethan, als daran wiederum nachgewiesen ist, daß provokatorische Aufreizungen seitens der deutschen Polizeibeamten erfolgten. Auch wenn der Staatssekretär die weiteren Erörterung der Sache aus

verzeichnis einzureichen, durch keine gesetzliche Vorschrift begründet ist. Nächst das Kassa-Verordnungs-Gesetz vom 15. Juni 1876, noch das Krankenversicherungs-Gesetz vom 15. Juni 1883 begründe ein solches Verlangen. Insbesondere aber treffe der Hinweis auf eine Entscheidung des höchsten Gerichtshofes zu Gunsten des Rechtes der Polizei, die Einreichung des Mitgliedsverzeichnis von einem Verein zu fordern, nicht zu, da die gesetzlich bestimmten Bestimmungen über Vereine und über Kassa-Verordnungen gänzlich verschieden seien. Diesen Gründen schloß sich der Gerichtshof im Wesentlichen an und erkannte demgemäß, daß die landrätliche Verfügung sammt Strafverfügung nimmeh unter Anerkennung der Entscheidung erster Instanz endgültig aufzuheben sei.

Der Gewinn, den die Berliner Stadtverordnetenwahl der dritten Abtheilung der Wähler den Sozialdemokraten gebracht hat, wird viel besprochen. Beide bürgerliche Parteien, die Kartellisten und die Liberalen haben je zwei Mandate an sie verloren und vielleicht verdoppelt sich dieser Verlust bei beiden in der Stichwahl, da in 3 Wahlkreisen die Sozialdemokraten die relative Majorität haben. Das Anwachsen der Sozialdemokratie ist ein bedeutungsvolles Zeichen für die nächsten Reichstagswahlen und für die Wirkung der Sozialpolitik und des Sozialengesetzes. Die „Nat.-Ztg.“ sagt: „Um den Erfolg der Sozialdemokraten voll zu würdigen, muß man in Betracht ziehen, daß er bei öffentlicher Abstimmung und bei einem Jenius errungen wurde, welcher einen großen Theil der sozialdemokratischen Reichstagsmehrwahlerschaft von säkularer Wahlrecht ausschließt.“ Das Urtheil der „Voss. Ztg.“ lautet: „Wirklich, gegen den sich vorzugsweise der Kampf jener Blätter richtete, ist mit mehr als Zweidrittelmehrheit gegen den antisemitischen Dr. Bacher gewählt worden. Der Antisemitismus hat eine vollkommene Niederlage erlitten. Er hat von den bisherigen vier Mandaten, mit denen er bei der Wahl betheiltigt war, auch nicht eines gerettet. Den gebührenden Antheil an dieser Niederlage dürfen jene Kreise nehmen, welche sich zu Bundesgenossen des Antisemitismus gemacht haben. Außerordentlich sind die Erfolge der Sozialdemokratie. Dieselbe hatte zwei Mandate zu verteidigen. Sie hat dieselben nicht nur behauptet, sondern vier neue Mandate erobert und steht in vier Stichwahlen, welche großentheils für sie sehr aussichtslos sind. Die liberale Partei war bei den Wahlen mit zehn Mandaten betheiltigt. Sie hat sechs Mandate endgültig erhalten und steht zweimal mit relativer Mehrheit zur Stichwahl. Die Antisemiten und Kartellisten kommen ebenfalls zweimal zur engeren Wahl, beide Male aussichtslos; denn sie sind hinter den Sozialdemokraten, welche zweifellos die Mandate erhalten werden, erheblich im Nachtrabe. Auf die Wähler der dritten Abtheilung hatten die Kartellparteien ihre ganze Hoffnung gesetzt.“

Die Mandate der Abgeordneten Dr. Delbrück und Dr. Meyer (Jena) hat die Geschäftsordnungs-Kommission für erloschen erklärt wegen der Beförderung der gedachten Abgeordneten im Universitätsdienst.

Sozialdemokratische Reichstagskandidaturen. Sangerhausen: Redakteur Schulze-Erfurt. Neuh. J. L.: Schriftsteller C. Warm-Dresden.

Irreden. Die Abg. Debel und Genossen haben in der sächsischen Kammer eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes in progressivem Sinne beantragt. Einkommen bis 600 Mark sollen steuerfrei sein.

Höfnack (Wochen-Meinungen). Bei den Gemeinderathswahlen hieselbst wurden 9 Sozialdemokraten und 1 Nationalliberaler gewählt.

**Belgien.**

Brüssel, 21. Nov. Der belgische Senat hat dem von der Deputiertenkammer bereits angenommenem Gesetze

über die Ordnung der Frauen- und Kinderarbeit zugestimmt. Dasselbe tritt somit in Kraft. Das Gesetz erstreckt sich auf die Bergwerke, Gruben, Steinbrüche, Bauplätze, Hüttenwerke, Manufakturen, Fabriken, auf alle als gefährlich, lästig oder ungesund anerkannten Etablissements, wie auf diejenigen, in denen die Arbeit mittels Dampfes oder durch mechanische Kraft verrichtet wird und auf Land- und Wassertransporte. Kinder unter zwölf Jahren dürfen nicht mehr beschäftigt werden. Mädchen unter 14 Jahren werden nicht mehr zu den unterirdischen Arbeiten in den Bergwerken, Gruben und Steinbrüchen zugelassen. Kinder und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, wie weibliche Personen unter 21 Jahren sollen vor 6 Uhr Morgens und nach 9 Uhr Abends nicht beschäftigt werden, doch kann der König unter bestimmten Bedingungen Ausnahmen zulassen.

**Frankreich.**

Paris, 20. Nov. Einige sozialistische Abgeordnete beantragen, den freilebenden Bergleuten 100.000 Fr. zu überweisen und eine Amnestie für alle Streikvergehen zu erlassen.

**Der Geheimbundsprozeß in Oberfeld.**

1. Tag der Verhandlung.

Oberfeld, 18. November.

(Fortsetzung.)

Debel fährt in seiner Rede weiter fort: Auf dem Wödenener Kongreß, der wegen der strengen Durchführung des Sozialengesetzes im Ausland stattfinden mußte, waren etwa 50 Parteigenossen zugegen. Da wurde das Blatt zum offiziellen Organ erhoben. Die Fraktion hat darüber zu wachen, daß das Blatt nicht gegen die Prinzipien verstoße. Die in Leipzig wohnenden Führer, nicht die Fraktion, haben 1879 eine Sammlung für die Ausgewiesenen veranstaltet. Sammlungen können nicht im Allgemeinen verboten werden, sondern müssen einzeln genannt werden. Spätere Sammlungen sind öffentlich gewesen und wurden im „Sozialdemokrat“ veröffentlicht. Nach den Wahlen wurde der Dänenfonds in's Leben gerufen. Die Sammlung geschah durch Zirkulare. Auch die späteren Fonds standen unter Kontrolle der Fraktion und wurden in Deutschland verwaltet. Ich war Kassier, auch Grillenberg promissorisch. Unterstufungen werden durch den Fraktionsvorsitzenden beschlossen. Der „Sozialdemokrat“ hatte damit bis auf den heutigen Tag nichts zu thun, als die Auitragungen zu veröffentlichen. An die Expedition abgelieferte Gelder mußten nach Deutschland gefandt werden. Mit dem Druckschriftenfonds des „Sozialdemokrat“ hatte die Fraktion nichts zu thun. Der Archibonoff ist ein harmloser, mit dem sich aber die Fraktion auch nicht beschäftigte. Im Jahre 1880 wurde das Blatt offizielles Parteiorgan; die Gründer wollten die Ueberschüsse für die Partei in Deutschland bestimmen; beim Versprechen ist es aber geblieben. Mit der geschäftlichen Leitung des „Sozialdemokrat“ oder mit der Verbreitung hatte die Fraktion nie etwas zu thun. Vom ersten Jahre ab waren Differenzen in der Fraktion wegen der Haltung des Blattes. Einige Mal hat die Fraktion sich im Allgemeinen mit der Haltung des Blattes einverstanden erklärt. Dester wurden Fraktionsmitglieder von dem Blatte angegriffen, insbesondere wegen der Dampferubvention. Da hat die Fraktion erklärt, daß die Redaktion sich der Fraktion fügen müsse. Dies ist aber in der Partei übel aufgenommen worden, also ein Zeichen, daß man der Fraktion keinen dirigirenden Einfluß auf das Blatt gewähren wollte. Die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ geschieht auf Veranlassung der Expedition, welche sich ihre Verbindung in Deutschland sucht. Wegen unserer diesbezüglichen Erklärungen sind wir nicht angeklagt worden; erst in Freiburg erfolgt die Verurthei-

lung wegen gewisser Aeusserungen. An dem Ropenhagener Kongreß wurden nur die Anwesenden ernannt, in ihrer Heimath für Bezahlung der Abonnements zu wirken, da die Gelder schlecht einkamen. Deshalb auch hat die Expedition gewünscht, daß immer Mehrere die Bezahlung übernehmen. Damit haben wir aber nichts zu thun. Auf uns richtet sich die Aufmerksamkeit, wir werden beachtet; es ist ja unmöglich, daß wir die Leiter einer geheimen Verbindung sind. Alle Fäden der Polizei laufen in Berlin zusammen, wo seit dem Sozialengesetze ein wahres Polizeiministerium existirt. Man müßte ein Thor sein, zu glauben, daß bei diesem Polizeiapparat eine allgemeine geheime Verbindung möglich sei. Nach dem Freiburger Urtheil blieb uns nichts anderes übrig, als unser Verhältnis zum „Soz.“ zu lösen. Wir waren froh, von dem Blatte loszukommen. Der Parteitag wurde einberufen, als wir aus der Haft entlassen wurden, und zwar nach St. Gallen. Das Arrangement trafen wir, sieben Personen. Der Aufruf wurde von der ganzen Presse veröffentlicht; daß wir Zeit und Ort nicht angaben, geschah, weil wir ein durch diplomatische Intervention bewerkstelligtes Verbot fürchteten. Die Verhandlungen des Kongresses waren öffentlich. Die Erörterung des Verhältnisses zum „Soz.“ ließen wir nicht zu. Wir mußten, daß einer der Anwesenden im Dienst der Berliner Polizei stand. Wir haben die Lösung des Verhältnisses ganz ernst gemeint und wenn der „Sozialdemokrat“ jetzt Erklärungen der Fraktion bringt, so geschieht dies nicht auf unsere Veranlassung, sondern der „Sozialdemokrat“ drückt dies aus deutschen Blättern ab. Die Sammlungen in Fabriken u. dergl. sind nicht ausdrücklich verboten, wenigstens unserem Wohnorte. Wie es hier ist, wissen wir nicht. Wir nehmen das Geld wie es uns geschieht. Es giebt etwa ein Duzend reiche Leute, die uns große Summen senden. Manche der Spender kenne ich gar nicht. Eine geheime Verbindung liegt also nicht vor. — Die Streichung des Wortes „geheimlich“ aus dem Programm geschah wegen der damaligen strengen Handhabung des Sozialengesetzes. Trotz entgegenstehender Aeusserungen des Ministers wurden alle Blätter verboten, die von Sozialdemokraten redigirt wurden; alle Versammlungen wurden ebenso verboten. Dies rief Erbitterung hervor und deswegen wurde das Wort gestrichen. Später als die Praxis eine mildere wurde, wäre es nicht mehr geschahen. Für das Befehlen der geheimen Verbindung werden als Beweis die Legitimationskarten angeführt. Diese wurden ausgehellt, als es keine Ausweisungsbescheidigungen mehr gab. Da haben wir im „Sozialdemokrat“ bekannt gemacht, daß wir Legitimationskarten ausstellen, das konnte aber doch nicht geheim bleiben, da die Ausgewiesenen überall von der Polizei kontrollirt werden. Mit der „Schwarzen Liste“ hat die Fraktion so wenig zu thun, wie die Staatsanwaltschaft. (Dieser Ausdruck wird vom Vorsitzenden gerügt.) Wir waren gegen die Handhabung der schwarzen Liste, es wurden wegen allerlei Lumpereien Leute gebrandmarkt. Uns persönlich war die ganze Liste gleichgültig; ich habe sie so wenig beachtet, daß ich nicht einmal wußte, daß sie für Orte, nicht für Personen bestimmt war. Auf Anregung von Harm haben wir einmal über die Liste gesprochen, weil Jemand ungerichteter Weise gebrandmarkt wurde. Die Schiedsrichter zu spielen, waren wir leider oft genöthigt. Das kommt aber in jeder Partei vor. Immer handelt es sich um gewöhnliche Weiberereien, und diese zu sichten, namentlich, wenn es in der Partei hochstehende Personen betraf, war nöthig. Manchmal haben wir aber auch das Schiedsrichteramts angelehnt. Bei einer Partei, wie die Sozialdemokratie, kommen oft Rörgeleien vor, weil der Arbeiter in moralischer Hinsicht sehr empfindlich ist. Mit einer geheimen Verbindung haben aber solche Dinge nichts zu thun.

**Irungen.**

Kriminalnovelle von G. Struder.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Da erwachte das Mitleiden in des jungen Mannes Brust. Er eilte Marga nach und ihre Hand ergreifend sprach er in demgemem Tone:

„Unädigste Fräulein, hätte ich, was soeben mir klar geworden ist, damals ahnen können, als ich zuerst Sie kennen lernte, so hätten wir alle beide vielleicht recht glückliche Menschen werden können. Seien Sie überzeugt, daß ich stets mit herzlicher Theilnahme und Freundschaft Ihrer gedenken werde, aber zu jedem innigeren Verhältnisse zwischen uns ist es zu spät, denn mein Herz ist bereits vergeben.“

Die letzten Worte übten eine eigenthümliche Wirkung auf die junge Dame aus. Hastig entriß sie ihm ihre Hand und während maßloser Stolz und Zorn aus ihren Augen leuchteten, entgegnete sie mit einer vor Wuth bebenden Stimme:

„Oh, ich hätte es mir denken können, daß jene Dirne Sie in ihre Arme gezogen hat, denn Gleich und Gleich gesellt sich stets gern zu einander. Von diesem Augenblick an verachte ich Sie, aber hüthen Sie sich, nur mit einem Worte jemals anzudeuten, was zwischen und vorgefallen, und ich werde Sie für einen elenden Verläumder erklären, während meine Rache gleichzeitig diejenige treffen wird, an welche Sie sich waggeworfen haben.“

Damit kehrte sie sich um und eilte, ohne ihn noch eines Blickes zu würdigen, von dannen.

Sprachlos vor Erstaunen und Entrüstung schaute Springer ihr eine Weile nach und dann setzte er seinen Heimweg weiter fort.

**Rätes Kapitel.**

Gegen 8 Uhr Abends saßen in dem Wirthszimmer des Gasthofes zur Traube Springer und Stumpf bei einer Flasche Wein in eifrigem Gespräche beisammen. Der

ertere berichtete ausführlich, was ihm heute Nachmittag auf Egelhof begegnet war, ohne jedoch des Zusammenstreffens mit Marga nur mit einer Silbe zu erwähnen, und der erstere horchte der Erzählung mit größter Aufmerksamkeit zu. Als sein jüngerer Gefährte endlich zu Ende war mit seiner Mittheilung, sagte Stumpf:

„Daß dieser von Dürenstein derselbe ist, welcher Ihre Papiere sich angeignete, das scheint mir jetzt unweifelhaft. Denn es steht fest, daß er Ihren Namen, also einen falschen führt, denselben konnte er unmöglich angenommen haben, wenn er Ihre Papiere nicht gefunden oder gestohlen hätte, und er zeigt die letzteren Niemand, weil er fürchtet, durch dieselben auf irgend eine Weise sich zu verrathen. In Ihrem früheren Passe stand doch auch, daß Sie blond sind.“

„Allerdings.“

„Sehen Sie, hier haben wir bereits den Grund, weshalb er von Ihrem Passe keinen Gebrauch macht. Es fragt sich nunmehr, ist der sogenannte von Dürenstein gleichzeitig der Mann, den ich suche, der ja ebenfalls blond ist und hat derselbe seine Haare schwarz gefärbt? Der Umstand, daß der Pass auf einen blonden Eigentümer lautet, könnte einer solchen Annahme widersprechen, da es ja in diesem Falle unverständlich wäre, weshalb er zu einer der Angaben des PASSES widersprechenden künstlichen Färbung seine Zuflucht sollte genommen haben. Aber hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß er sich die Haare gefärbt haben kann, ehe er in den Besitz Ihrer Papiere gelangte, und daß diese Färbung dann später sich nicht eben so schnell wieder entfernen, als sie sich herstellen ließ. Meine nächste Aufgabe besteht nun darin, die Frage zu lösen, und wenn dies in einer meinen Verdacht rechtfertigenden Weise geschehen sein wird, dann werde ich ihn sofort festnehmen und zur Redenshaft ziehen, müßte dies auch inmitten seiner Verwandten in spe geschehen.“

„Das wäre ein gewagtes Stück,“ warf Springer ein, worauf der Andere lächelnd erwiderte:

„Daß, Sie haben sich überzeugt, daß ich mit ziemlichen

Kräften ausgestattet bin, und wenn ich mich einmal fest entschlossen hätte, dieses Herrn von Dürenstein mich zu bemächtigen, so könnten zehn oder zwanzig von seiner Sorte ihm zur Seite stehen, ohne daß sie im Stande wären, hieran mich zu hindern. Wegen die anderen Kunststücke, welche ich in meinem Leben schon geleistet habe, wäre das gegenwärtige das reinste Kinderpiel. Sie werden mir vielleicht rathen wollen, die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen, aber ich habe Ihnen ja früher bereits bemerkt, daß mir herztlich wenig daran gelegen ist, ob der Mann so und so lange eingesperrt wird. Ich will nur das gestohlene Geld haben, denn von dieser Summe, die ich zurückerbringe, sind mir 15 Prozent zugesagt, und diese repräsentiren für mich ein kleines Kapital, mit dem ich mir im Falle der Noth einmal eine andere Existenz gründen kann. Schöpft der Mensch den geringsten Verdacht, mit dem ich auf den Herrn ist, so wird er in der nächsten Stunde spurlos verschwunden sein. Darum gilt es — wie ich dies ja auch bei Ihnen früher versuchte — ihn zu verwirren und zu überfallen, ihn alldann direkt zu überführen und auf der Stelle festzuhalten.“

„Aun, ich zweifle nicht, daß Sie in dergleichen Dingen Erfahrung genug besitzen, um am besten beurtheilen zu können, was zu thun ist. Was mir im Uebrigen bei der ganzen Geschichte noch immer räthselhaft erscheint, das bleibt der Umstand, zu welchem Zwecke dieser Schwindler sich nach Egelhof begeben haben mag. Er mußte doch vorher erfahren haben, daß der Baron nicht reich genug sei, um ihn in lohnender Weise betrügen und ruufen zu können.“

„Daß er dies vorher gewußt habe, ist keineswegs erwiesen,“ bemerkte Stumpf, „er kann dies auch erst nachträglich erfahren und dann den Entschluß gefaßt haben, den edlen Baron um das Wenige, das er besitzt, zu prellen. Denn ein solcher Schurke ist zu Allem fähig. Wer weiß, ob er nicht die Absicht hatte, das Fräulein zu heirathen und am nächsten Tage mit ihren Juwelen und Schmuckstücken zu verschwinden!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Präsident: Aus dem Unterstützungsfonds sind Gelder an Harm und Schumacher gefandt.

Vebel: Der Fonds wird von der Fraktion verwaltet. Harm hatte bei mir privatim angehalten, daß ich persönlich dafür eintrete, daß ihm 1000 M. bewilligt würden. Ich sagte, das geht nicht. Die Fraktion hat nichts bewilligt. Später kam Harm und sagte, er müßte wegen Wechsel 1500 M. haben; Grimpe würde für ihn eintreten. Auf eigene Faust habe ich dann nicht Harm, sondern Grimpe das Geld gegeben. Als der Wechsel später nicht eingelöst wurde, habe ich Grimpe die bittersten Vorwürfe gemacht, weil ich persönlich für das Geld haftbar wäre. Mit dem Strafgelehe hat die Sache nichts zu thun. Uebrigens sind von Grimpe schon Abzahlungen gemacht worden. Für die 1200 M., die ich an Schumacher gab, erhielt ich Sicherheit durch die Verschreibung eines Erbes. Wir mußten Schumacher helfen, weil ihm wegen seiner politischen Stellung der Kredit abgeschnitten wurde. Ich vertrat immer den Standpunkt, daß die an der Spitze der Partei stehenden am allerwenigsten den Fonds in Anspruch nehmen dürfen.

Der Präsident: Welchen Zweck hat der Unterstützungsfonds?

Vebel: Wenn z. B. in einem größeren Prozeß viele verurtheilt werden, werden die Familien daraus unterstützt; ebenso bei Ausweisungen, Maßregelungen u. Die Fonds für Familie Hafenclever und ähnliche sind separat.

Der Präsident: Sie haben nicht bestritten, daß eine Verbindung besteht. Besteht eine solche zur Verbreitung des „Sozialdemokrat“?

Vebel: Es befaßen sich viele Personen mit der Verbreitung des „Sozialdemokrat“.

Auf die weiteren Fragen antwortet Vebel, daß auf dem Kongreß nichts über den „Sozialdemokrat“ verhandelt wurde.

Die Sitzung wird auf eine Viertelstunde vertagt. Verend giebt auf die bezüglichen Fragen an, die 6 Stüd Flugblätter auf der Straße erhalten zu haben, er habe sie weggelegt, um sie später zu vernichten. Nur ein Exemplar des „Chemischer Montreprozeß“ habe er gekauft. Er wisse nicht, wozu das aus Druckschriften erlöste Geld verwendet werde.

Vertram: Vollmus war nicht bei mir; das Flugblatt „An die Wähler Deutschlands“ habe ich nicht verbreitet. Ich war an dem Tage bei Neumann und Harm, um mich über die Zentraldruckerei der Schreiner zu erkundigen. Auf der Treppe wurde ich verhaftet. Ein Flugblatt habe ich nicht gesehen.

Bierenfeld (auch wegen Gotteslästerung angeklagt): Die verbotenen Schriften sind mir in einem Paket von einem Unbekannten übergeben worden, um sie aufzunehmen. Er ist nicht wieder gekommen. Ueber seine Theilnahme am St. Gallener Prozeß verweigert er die Aussage. Eine Kalenderfasse habe er an Tillmanns nicht abgeliefert. Er habe sich im Einverständnis mit Anders Arbeiter-Notiz-Kalender kommen lassen, und auf eigene Rechnung verkauft. Von Tillmanns habe er sich „Neue Welt-Kalender“ gekauft und gezahlt, zwei Stück. Für Hafenclever habe er nicht gesammelt, sondern M. 1,38 erhalten und an Tillmanns abgeliefert. Beim Schreinerstreit 1886 habe er Notizen von sieben Kisten gemacht, um später nicht der Unterdrückung beschigt zu werden. Weidtreu will nicht Abonnement des „Soz.“ sein. Die Notizen im „Soz.“ beziehen sich auf Andere. An dem Auszug nach Langenhans hat er sich beteiligt. Er huldige den Prinzipien der im Reichstag vertretenen Sozialdemokratie.

Vollmus: Seine Frau habe wohl in betrunkenem Zustande gegen ihn gezeugt. An geheimen Verammlungen hat er nicht theilgenommen. Lassalles Bild habe er gekauft. Ein Exemplar des „Soz.“ habe er nicht gehabt, seine Frau habe es ihm aus Mache in die Tasche gesteckt.

Dongarg: Verbotene Schriften habe er nicht verkauft, nur unverbundene, die ihm in's Haus gebracht worden, verschickt.

Breuer: Drei Nummern der „Lond. Fr. Nr.“ seien ihm gegeben worden, um darauf zu abonnieren, als sie noch nicht verboten war. Sein Geselle Drüge habe ein Paket unbekannter Inhalts erhalten.

Brodersen war in Langenhans. Auf den „Soz.“ war er nicht abonniert. Dester wurde eine Nummer unter der Thür durchgeschoben. Vorgelesen hat er nicht.

Bubenzer: Nur für Hafenclever habe er gesammelt, an geheimen Verammlungen aber nicht theilgenommen. Buch hat Schönlaak nicht begleitet, er habe den „Soz.“ nicht erhalten.

Cordes: An geheimen Verammlungen habe er nicht theilgenommen, dagegen an einer Verhandlung wegen der „Freien Presse“ mit Wille und später mit Harm. Bei Stehr sei er öfter gewesen. Er war in Blankenstein, aber nicht zum Parteitag. Von der Bestellung eines Flugblattes weiß er nichts. Den „Soz.“ halte er seit der Gründung. Seit drei Jahren sei er nicht mehr abonniert. An wen er früher das Geld bezahlt habe, wisse er nicht mehr.

Cramer: Ein Paket mit dem „Soz.“ aus Remsburg sei angekommen, er wüßte sich darüber, da er der Polizei als Sozialdemokrat bekannt sei. Auf seine Veranlassung sei das Paket nicht gekommen. Mit Grillenberger habe er in Korrespondenz gestanden. Der „Soz.“ sei ohne kein Zutun gekommen. Ueber die Postkarte könne er keine Auskunft geben, vermuthet aber, daß sie von seinem Freund Müller aus Darmstadt gekommen sei.

Daßig war drei Mal in Blankenstein, weiß aber nicht, ob zum Parteitag. Abonnement des „Soz.“ sei er nicht. Daß sein Name in das Notizbuch Salzberg's gekommen, erkläre sich daraus, daß er sich diesem als Bierhändler empfohlen.

v. Eckern: An geheimen Verammlungen habe er nicht theilgenommen. Bei seinem Schwager Schmitz sei er öfter gewesen. Früher, wohl vor 1880, habe er den „Soz.“ gelesen.

Emil Espöhr: Eine geheime Verammlung, wo der „Rothe Keule“ gezeigt war, habe er nicht besucht. Zu Marzshall gehe er öfter. Seinem Bruder habe er einen Auftrag zur Sammlung für Hafenclever gehabt.

Emil Fink: An dem Ausflug nach Schwelm habe er nicht theilgenommen, auch nicht an einer geheimen Verammlung.

Gustav Fink: Bei Stehr sei er gewesen, auch in Schwelm, um ein Geschäft zu taufen. Bei ihm hätten keine geheimen Verammlungen stattgefunden; er habe wohl Besuche erhalten von Leuten, die bei ihm etwas kaufen wollten. Die bei ihm gefundenen Schriften seien bei ihm eingelegt worden, damit sein Bruder sie einbinde. Es seien dabei Zettel mit den Namen der Eigentümer. Abonnement des „Sozialdemokrat“ sei er nicht gewesen. Vielleicht habe ihm die Polizei die betr. Nummern in's Haus gelegt. Das „Glaubensbekenntniß“ habe er nicht verkauft, sondern aus hiesigen Blättern ausgeschnitten und aufgelegt. Kalender habe er verkauft. Mit Vellei sei er bekannt geworden, als er ihn beauftragt, den Staatsanwalt zu verklagen. Er habe nur Rechtsfragen mit ihm verhandelt. Majestätsbeleidigung habe er nicht begangen, sondern sei von einem Gesellen denunziert worden, den er wegen Sittlichkeitsverbrechen entlassen und aus dem Hause entfernt habe. Als er die Anzeige von dem Sittlichkeitsverbrechen machte, habe er auch von der Drohung des Gesellen gesprochen. Nicht er, sondern die Zeugen hätten die Majestätsbeleidigung begangen.

Wilhelm Fink war nicht in Schwelm, er verkehrte bei Stehr. Ein Paket verbotener Druckschriften habe er nicht bekommen.

Fisch: Bei Stehr verkehrte er zuweilen. Er bestreitet, daß die verbotenen Schriften in einem geheimen Sach gewesen. Durch Zufall habe er die Schriften erhalten.

Gerstenberger verkehrte bei Stehr. Die verbotenen Schriften habe er von einem Wilhelm Brumböhrer erhalten, der mit ihm in einer Fabrik arbeitete. Das Paket sollte wieder abgeholt werden, was aber nicht geschah. Die Polizei fand es noch uneroffnet.

Gester hat die Schriften gefunden; wie er die Sammelstücken bekommen, wisse er nicht.

Gewebr: Bei ihm habe früher Barthels lange gewohnt; bei Stehr verkehre er regelmäßig. Daß die Schriften, die man bei ihm gefunden, verboten, erfahre er erst durch die Anklage.

Grillenberger hat die Auftrufe der Fraktion unterschrieben und am Parteitag in St. Gallen Theil genommen. In dem Schiedsgericht sei er nicht gewesen, weil er überhaupt dagegen sei. Die Revision der Bücher der „Freien Presse“ habe er nie vorgenommen. Er sei wohl in Elberfeld gewesen und mit Harm befreundet, den er besucht habe. Mit diesem sei er nach der Druckerei gegangen, dort hätten sie sich über Bezugsquellen von Papier u. dgl. unterhalten und er habe Rathschläge zur Hebung der „Freien Presse“ gegeben. Nachher sei er wieder bei Harm gewesen, wo auch andere Leute zugegen waren. Gegen Abend fuhr er wieder weg. Seine Frau sei Mitgegenthümer des Wörlin'schen Geschäfts, wo er Prokurist sei. Das Geschäft sei Privatfache und angekauft worden, als die Genossenschaftsbuchdruckerei liquidirt wurde. In Verbindung mit der Partei sehe das Geschäft nicht, dagegen protektire er mit Energie. Die Inhaber des Geschäfts hätten allerdings im geschäftlichen Interesse Reichstagsberichte verlegt und den buchhändlerischen Gewinn dem Unterstützungsfonds zur Verfügung gestellt. Er könne aber auch selbständig Unternehmungen veranlassen. Das Geschäft sei ein reines Privatunternehmen. Eine ganze Reihe von Druckereien in Deutschland steht auf dem gleichen Boden, indem sie Druckfachen für Arbeiter liefern.

Der Präsident verliest ein Rundschreiben der Firma Wörlin u. Comp. an deren Geschäftsfreunde.

Grillenberger findet in dessen Inhalt eine Bestätigung seiner Angaben.

Der Präsident: In der Straffache gegen Sah und Genossen in Altona fand sich ein Schreiben Dertels. (Das selbe wird verlesen.) Darnach scheine, als ob die Schriften im Auftrage der Partelleitung verschickt werden.

Grillenberger: Das scheine so, aber Dertel habe wohl die Sache etwas zu positiv hingestellt. Der Ausdruck „Wertheichen“ sei ihm neu und jedenfalls von Besteller gebraucht, weil der Ueberfluß an den Unterstützungsfonds kam.

Von der Vertheidigung wird die Vernehmung Dertels beantragt.

Dertel definiert den Ausdruck „Wertheichen“ in gleicher Weise wie Grillenberger; es seien Druckfachen, deren Ueberfluß in den Unterstützungsfonds falle. Wenn davon gesprochen werde, daß die Partelleitung den Inhalt bestimme, so sei das so aufzufassen, daß Grillenberger die Anordnungen treffe.

Grillenberger: Wir wollten die Leute darauf hinweisen, daß sie nur bei uns kaufen, da nur wir an die Unterstützungsfonds zahlen. Direct hat die Partelleitung nie auf die Schriften eingewirkt. — Das Flugblatt „An die Wähler Deutschlands“ habe er im Auftrage des Zentralwahlkomitee's gedruckt und verschickt. Er sei bestraft worden, weil er die nach dem Verbot auf die Post gegebenen Pakete nicht zurückgerufen habe. Das Flugblatt sei gemißtrautet der Absicht der Thätigkeit der Reichstagsabgeordneten gewesen. Vom Zentralwahlkomitee war ein Tag für die Verbreitung des Flugblattes bestimmt, um dem Verbot zu entgegen. Er wollte durch die Mit-

theilung des Verbots die Leute aufmerksam machen, nicht mehr das Flugblatt zu verbreiten. In Nürnberg sei die Verbreitung auf seine Anordnung unterblieben. Mit dem Versandt des Kongreßprotokolls habe er nichts zu thun gehabt. Die Vernehmung geschah ganz selbstständig durch Dertel.

Dertel: Er habe das noch unverbundene Kongreßprotokoll im Auftrage von Wirth in St. Gallen selbstständig verschickt. Er sei Buchhalter von Wörlin u. Co. Diese Firma habe mit der Vernehmung der Protokolle gar nichts zu thun. Er habe für seine Zeitverammlungen Entschädigung erhalten.

Um 2 1/2 Uhr wird die Verhandlung vertagt. Vor dem Gerichtsbau wurde eine ungeheure Menschenmenge in größter Ruhe auf den Schluß der Verhandlung.

**Gewerkschaftliches.**

Bunzlau. Der Zustand der Bunzlauer Töpfergesellen hat sowohl durch seine Größe, wie durch seine geringere Bezahlung Beachtung gefunden und diese ist noch vermehrt worden, als es hies. Landrath Ehard, der nachfolgend als Polizeipräsident nach Straßburg berufenen Grafen Stolberg-Bernstorff, wurde im Auftrage des Ministers Herrschaft zu vermitteln. Der Herr Landrath sieht sich in einer Zwangslage an ein Bunzlauer Blatt zu, die Vermittlerrolle gespielt zu haben, aber nicht im Auftrage seiner vorgesetzten Dienstbehörde, d. h. des Ministers, sondern auf „Wunsch einiger am Ausfluß Beteiligten.“ Daß darunter nicht die Gesellen zu verstehen sind, bedarf erst keiner Hervorhebung, um so auffälliger ist es aber, daß es der Autorität des Herrn Landraths nicht gelungen ist, die Wähler zur Ergebung der von den Streikenden beanstandeten Ehre zu bewegen. Die Gesellen haben erklärt, entschlossen und im Stande zu sein, bis Eckern den Streik fortzusetzen. Bis dahin sind aber die in ganz Deutschland wohlaffektirten, blühenden Bunzlauer Topfaner-Industrie schwere, vielleicht unheilbare Wunden geschlagen. Und daran trägt der Starrsinn der Meister einzig und allein die Schuld.

**Aus Stadt und Land.**

Vant, 25. November. Am Sonntag Morgen gegen 11 Uhr wurde der in der Marktstraße Wilhelmshaven wohnhafte Redakteur unseres Blattes, Emil Fischer, in seiner Wohnung verhaftet. Die Verhaftung dürfte wohl mit der Verbreitung des Flugblattes in Wilhelmshaven in Verbindung gebracht werden. In Verfolg dieser Sache fand heute in unserer Druckerei eine Hausdurchsuchung statt auf Veranlassung des Amtsgerichts Wilhelmshaven. Dieselbe war in dieser Richtung erfolglos.

Vant, 26. Nov. Am Montag den 2. Dezember, Vormittags 10 Uhr, findet in Bud's Hotel in Jever eine Sitzung des Amtsraths statt. Die Tagesordnung lautet: 1.) Wahl eines Abgeordneten und Ersatzmannes zu einer vom Großherzoglichen Staatsministerium zu bildenden Kommission wegen Feststellung des Kalenders der Oldenburgischen Märkte. 2.) Feststellung der Amtsvorstandsrechnung für das Jahr 1888/89.

Wilhelmshaven, 25. Nov. Es hat sich hier ein Unternehmen gebildet, dem voraussichtlich ein Erfolg nicht fehlen wird, nämlich regelmäßige Omnibusfahrten mit den benachbarten Orten einzurichten. Die Omnibusse, in Hannover gebaut, sind hier schon eingetroffen und haben bereits am Sonntag zum großen Gaubium unserer Jugend Probefahrten stattgefunden, die für die Theilnehmer unentgeltlich waren.

Wilhelmshaven. Theater im Kaiserpal. Am Sonntag Nachmittag wurde bei gut besuchtem Hause das Weibnachts-Märchen „Aschenbrödel“ gegeben. Fr. Diez als „Aschenbrödel“ spielte sehr gut, auch die übrigen Darsteller thaten ihr Möglichstes. — Des Abends kam „Der Pfarrer von Kirchfeld“ zur Aufführung. Besondere Lob verdienen Herr Dofer als „Pfarrer“, Fr. Diez als „Anna“ und Herr Hartig als „Wurzelsapp“. — Am Montag war die erste Aufführung des „ersten Wiener-Joerg-Theaters“. Zur Aufführung gelangten Gelaug- und komische Vorträge, welche mit lebhaften Beifall aufgenommen wurden. Zu Anfang wurde das einaktige Lustspiel „Der Präsident“ gegeben.

Jever, 25. Nov. An Stelle des verhafteten Redakteurs der Amtsvorstandskasse ist der Anteilnehmer Thien bestellt worden. Wie man sich erzählt, soll das von C. hinterlassene Manfo 30000 Mark betragen. — Der Kaufmann Otten ist wegen Wechseltäuschung inhaftirt worden.

**Korrespondenzen.**

Göttingen, 18. November. Obgleich wir Arbeiter uns nur mit unseren eigenen Verammlungen und Angelegenheiten befassen sollten, so ist es doch gut, wenn wir einmal sehen, wie es die Herren von der anderen Partei in ihren Verammlungen treiben, um ihre ganze Zümmlichkeit zu erkennen. Wir haben dann ein Bild der ganzen stunden Gesellschaft überhauzt vor uns, und werden dadurch noch mehr bekräftigt, auf unserm Wege fortzuschreiten. Wie die Herren hier in Göttingen es machen, so ist es überall; wenn wir also von den Göttinger Parteimitgliedern eine Schilderung erwerben, so ist diese auch von Interesse für die Arbeiter außerhalb Göttingens. — Zu gestern Nachmittag hatten die Leiter der hiesigen national-liberalen Partei eine feierliche Verammlung aller National-gesinnten berufen und, um der Verammlung gleich von vornherein den Charakter eines Familienfestes aufzugeben, welches die hohen Herren unter sich feiern, hatten sie den Zutritt zu der Verammlung nur gegen Vorlegung von Eintrittskarten erlaubt, die nur an Nationalorgane vertheilt wurden. In der Verammlung selbst ging es hoch her; es wurde bairisch Bier in großen dampfenden Gefaßen, und dazu spielte die vorrefliche Kapelle unseres weitbekanntesten Musikdirektors Müllerjahrn vaterländische Weisen auf. Weil es so gemüthlich war, wurde auch einmal gespielt. „So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage in Sau und Braus“, was ja sehr gut paßt, da die Herren ja die Kosten eines solchen tausenden und draufenden Lebens einzu und Arbeitern aus der Tasche ziehen und sich auf diese Weise einen gemüthlichen Tag machen können. Wir Arbeiter, die wir im Schwere uneres Angelechts die Reichthümer erwerben, welche diese Herren in die Tasche stecken, müssen draussen am Hause stehen und werden, wenn wir einmal gute Musik hören wollen. Die Leben, welche jene Herren hielten, waren „national“ und „patriotisch“ und wurden mit großer

Begierde vorgetragen, und je mehr das katolische Volk seine Meinung hat, mit nachheriger Begierde angeht. Einen Anhalt hatten die Reden überhaupt nicht, was sich ja von selbst versteht; sie schlossen jedesmal mit einem „Hoch“ auf irgend einen nationalen Hebel. Der Professor Eiser, welcher in dem jetzigen Reichstage sitzt, die Kornzölle und die Branntweinsteuer unbändig erhöht hat, für das Sozialistengesetz stimmt, wurde wieder als nationalliberaler Kandidat aufgestellt. Persönlich ist von ihm zu merken, daß er ein guter Freund von schönen Weinen ist. Von den Reden wollen wir nur zwei betrachten: die des Herrn Professors Weiland und die des Herrn Landesgerichtspräsidenten Köstler. Der Herr Weiland sagte: „Damit wir nachher nicht aneinandergehen mit der Uebertreibung, daß der ganze Nachmittag noch ein lustiges Fest gewesen, will ich doch noch einmal an den Ernst des bevorstehenden Wahllampfes erinnern. Wir dürfen nicht gleich mit hängenden Ohren (wie geschmackvoll!) in die Wahlkabinett hineingehen, sonst sind wir verloren. Wir müssen mit Muth kämpfen, und wenn wir auch Haare lassen müssen, das schadet nichts, die waschen wieder. So brauchen wir die ganze schwarze Armee des Eigensinns nicht zu fürchten.“ Das ist doch lässig! Die Herren haben den Wahlkreis inne und denken doch an hängende Ohren und müssen sich Muth einreden! (Die Musik spielte auf: „Ich weiß nicht, was toll es bedeutet, daß ich so traurig bin.“) Der Herr Weiland denkt aber dabei bloß an die Weilen, die hier vor 1887 immer geliebt haben, und zwar mit Hilfe des katolischen Eigensinns, dessen Bewohner deshalb der Weiler der „Schwarze Armee“ nannte. Der Herr Weiland dachte also an die Sozialdemokraten gar nicht. Das hat aber der Herr Landesgerichtspräsident Köstler. Er sagte, er wolle auch einmal von der Arbeiterfrage reden. Also das Allerwichtigste wird von

den Herren „auch einmal“ erwähnt. Und was sagte er von der Arbeiterfrage? Kaiser und Reich hätten mehr für die Arbeiter gethan als die sozialdemokratische Majorität, deshalb sollten die reichstreuen Arbeiter, die Kaiser und Reich unterstützen, hoch leben! Hoch! Hoch! Hoch! Obgleich wir keine reichstreuen Arbeiter sind, so fühlen wir uns doch sehr geschmeichelt, daß ein Landesgerichtspräsident unsern Stand hoch leben läßt. Aber wir müssen ihm doch antworten, daß Kaiser und Reich das Wenige, was sie für uns Arbeiter gethan, nur aus Furcht vor den Sozialdemokraten gethan haben. Also dieses Wenige ist schon den Sozialdemokraten zu verdanken. Die Arbeiterfragen der Sozialdemokraten, die den Arbeitern sehr viel nützen, werden ja abgelehnt; sie können also nichts dafür, wenn nichts Uebertreibung für den Arbeiter geschieht. Was nun aber die Arbeiter namentlich den Sozialdemokraten zu verdanken haben, das ist, daß viele sie geliebt haben, sich selbst zusammenschließen, und auf diese Weise höhere Löhne zu bekommen, oder gegen Herabsetzung derselben erfolgreich anzukämpfen. Sie haben den Arbeitern beigebracht, daß sie Menschen sind, sie haben bewirkt, daß der Arbeiter eine immer höhere Achtung gewinnt. Ja, in Thalem und Groschen läßt sich nicht berechnen, was die Sozialdemokraten für die Arbeiter gethan haben. Nun, die Arbeiter im 12. hannoverschen Wahlkreis, und in allen übrigen hannoverschen Wahlkreisen, sagt in Euren trüben Gemüthen schon jetzt, daß sie bei den Wahlen bloß einen Arbeiterkandidaten wählen (im 12. hannoverschen Wahlkreis ist es Wilhelm Pflanzsch aus Kassel); von Mund zu Mund muß die Katilanie bis in die fernsten Winkel gehen (im 12. hannoverschen Wahlkreis namentlich ins Eichsfeld). Wählt Keinen, den Euer Eurer Herren vorzuziehen, um Euch desto besser zu machen. Ihr rielt ihr nichts, wenn Ihr Einen aus Eurer Mitte wählt, da die Stimmen in gefalteten Stim-

zetteln abgegeben werden; wenn Ihr ein Dicken aufpaßt, kann Keiner merken, wen Ihr wählt. Bedenkt: „Nur die allerbärmlichsten Räuber wählen sich ihre Begger selber!“

**Literarisches.**

— Aus dem Verlage von J. B. Metz in Stuttgart gehen und die folgenden Broschüren zu:  
Die Klassenkämpfe von 1789. Zum 100jährigen Gedenktage der großen Revolution. Von Karl Kautsky. 40 Pfg. — Ferdinand Lassalle. Eine Lebensskizze zu seinem 25jährigen Geburtstag. Von Max Regal. 50 Pfg. — Die mohammedanische arabische Kulturperiode. Von Aug. Bebel. M. 2.50. — Die Religion der Zukunft. Von J. Stern. 3. Aufl. 50 Pfg. — Uebeln über den Sozialismus, sein Wesen, seine Durchführbarkeit und seine Zweckmäßigkeit. Von J. Stern. 2. Auflage. 30 Pfg. — Einfluß der sozialen Zustände auf alle Zweige des Kulturlebens. Von J. Stern. Zweite Auflage. 30 Pfg. — Halbes und ganzes Freidenkertum. Zeit und Schrift. Von J. Stern. 2. Auflage. 15 Pfg. — Die Geschichte der Erde. Von H. Bonnell. Reich illustriert und mit einigen Karten versehen. Heft 9-12. Komplet in circa 30 Lieferungen à 20 Pfg.  
Wir haben mehrere der obgenannten Werke bereits einer eingehenden Überprüfung unterzogen und werden auf die nichtbesprochenen gelegentlich zurückkommen. Bei dem vorerwähnten Inhalt aller sollten dieselben in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

**Briefkasten.**

Osternburg: M. 41 erhalten. Herz. Groß. W.

# Umzugs halber großer Ausverkauf

sämtlicher auf Lager befindlichen Waaren.

## Neubremen. G. Heilemann. Neubremen.

**Bekanntmachung.**

Mit dem heutigen Tage bin ich als Konsumvereins-Lieferant aufgenommen worden.

Bant, 25. November 1889.

**H. C. Tyarks,**

Manufakturwaaren-Handlung,  
Nordstraße 13.

**Sprechstunden für Augenkrante,**

in Wilhelmshaven, Koonstraße 77, Ecke der Kronenstraße,  
am **Mittwoch, den 27. November,**  
Nachmittags von 2-5 Uhr.

**Dr. med. K. Müller,**

Augenarzt aus Oldenburg.

Empfehle mein reich assortirtes Lager von reingebaltenen **deutschen, französischen, spanischen und portugiesischen**

**WEINEN.**

Gute Qualitäten in **Rum, Arrac und Cognac.** Ich empfehle ferner vorzügliche **Blancure und Branntweine,** besonders empfehle ich einen reinen ungetauften

**Korn-Branntwein,**

als:

Richtenberger Doppel-Korn, Doornkaat, 1863er Alter Korn, Steinhäger etc. etc.

**Paul Hug, Bur Arche.**

**Wurstschmalz,**

10 Pfund 3 Mark,  
empfehlst

**E. Langer,**

Neustraße Nr. 10.

Eine schöne Unterwohnung in einem meiner Häuser zu Miet zu vermieten. Nähere Auskunft erteilt

**J. Fangmann,**  
Bismarckstraße.

Mehrere junge Leute können guten Mittagstisch erhalten.

Neubremen, Grenzstr. 36.

Empfehle in reicher Auswahl neu eingetroffen:

- Winter-Ueberzieher von 12 bis 50 Mk.
- Herren-Anzüge von 10 bis 50 Mk.
- Damen-Winter-Mäntel von 15 bis 45 Mk.
- Damen-Winter-Jackets von 5 bis 20 Mk.
- Damen-Regen-Paletots von 5 bis 20 Mk.
- Knaben-Anzüge von 1,50 Mk. an.

**Georg Aden, Bant,**  
am Markt.

Wir empfehlen unser sehr feines

**helles Lager-Bier**

in Flaschen 33 Stück für 3 Mark, in Fässern von 10-100 Liter  
21 Mark frei in's Haus,

24 Flaschen Kaiserbräu 3 Mk., per Liter 25 Pf.

**Brauerei Frisia, Filiale Wilhelmshaven.**

**Geschäfts-Verlegung.**

Verlege mein Geschäft von Neustraße 8 nach

**Bismarckstrasse Nr. 56,**

vis-à-vis Herrn Kaufmann Philipson.

Um ferneres Wohlwollen bittet Hochachtungsvoll

**W. Weidemann, Buchbinder.**

**Haushaltungs-Gegenstände**

jeder Art

empfehlst in größter Auswahl billigt

**B. Grashorn,**

Wilhelmshaven, Bismarckstraße.

Bant, Berststraße.

Verantwortlich für die Redaktion, Druck und Verlag: J. Kühn, Bant-Wilhelmshaven.

**Bettfedern**  
in allen Qualitäten neu eingetroffen.

**Complete Betten**  
Liefere von 18-150 Mk. innerhalb  
1 Stunde fertig.

**Georg Aden,**  
Bant, am Markt.

Empfehle:

**und Flaschen-Bier**  
aus der  
Dampfbrauerei von Th. Fothkötter  
in Zeven,  
in Gebinden von 15 bis 100 Litern.  
Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk.,  
Pilsenerisches Gebräu 27 Fl. 3 Mk.,  
Feines böhmisches Gebräu 30 Fl.  
3 Mark.  
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
**J. Fangmann, Bismarckstr. 59,**  
1 Treppe.

**An- und Rückkaufs-Geschäft**

— von —  
neuen und getragenen Kleidungsstücken,  
Zeppichen,  
Uhren, Gold- und Schmuck-Sachen,  
von

**F. Krüger, Belfort,**  
Unterstraße.

**Todes-Anzeige.**

Gestern früh 8 Uhr verschied in Folge einer Gehirnentzündung unser kleines Söhnchen

**Heinrich**

im zarten Alter von 9 Wochen und 2 Tagen, welches hiermit tiefbetrübt zur Anzeige bringen

**C. Peters und Frau.**

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. Novbr., Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Berststraße 8, aus statt.